

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Riesa,
Ferien Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1430.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 5.

Freitag, 6. Januar 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Besondere Tarife, Bewilligter Rabatt erklärt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Besonderen Auftrages. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlagsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Beratungen über das Sofort-Programm abgeschlossen.

Die Richtlinien Gereses fertiggestellt.

Am Donnerstag nachmittag beriet der vom Reichskanzler gebildete Ratsausschuss für das Arbeitsbeschaffungsprogramm unter Teilnahme der Reichsbank über die vom Reichskommissar zu erlassenden Richtlinien und die weiteren Durchführungsbestimmungen. Wie wir hören, hofft man, die Richtlinien noch in dieser Woche veröffentlicht zu können. Wesentliche Ueberarbeitungen sollen nicht in ihnen enthalten sein. Sie beschränken sich im wesentlichen auf die von Dr. Gereses bereits in seiner Rundfunkrede gekennzeichneten Tendenzen.

Leider dürfte sich die Veröffentlichung der Richtlinien nicht ohne Kritik vollziehen. Die Gegnerlichkeit gegen die Richtlinien Dr. Gereses ist in den letzten Tagen noch gewachsen. Sie wird besonders vom Reichsverband der deutschen Industrie, aber auch vom Deutschen Städteverband, der erste öffentliche Ausdruck des Kampfes der Anti-Gereses-Front ist eine scharfe Kritik an der Personalpolitik des neuen Reichskommissars. Man macht Dr. Gereses zum Vorwurf, daß er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in sein Reichskommissariat den bekannten Gründer der sog. Schleswig-Holsteinischen „Ausgleichslosen“ Dr. Ludwig Gerpel, berufen habe, einen Vorkämpfer einer Kreditverengung, gegen die noch im Oktober 1931 eine besondere Regierungsverordnung erlassen wurde.

Bei den Freunden des Reichskommissars erwartet man nach unseren Informationen noch weitere Vorstöße. Man glaubt jedoch, daß sowohl die Industrie, als auch die Kommunalen nicht völlig den Parolen ihrer Führer folgen werden. In der Industrie stehen besonders die Brückenbauer und Tiefbauer und die Nachgruppen in puncto öffentlicher Arbeitsbeschaffung in 100prozentiger Opposition zu ihrer offiziellen Leitung. Es ist nicht anzunehmen, daß etwa große Industrieunternehmen kommunale Beiträge nur aus prinzipiellen Erwägungen ablehnen werden. Das Gleiche gilt von den Städten. Von Seiten der Gewerke der deutschen Kommunen ist bereits in den letzten Tagen ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet worden, das sich auf die Ausbesserung beschädigter Wasserwerke durch die kommunalen Verwaltungen bezieht und Kreditwünsche entwickelt, die erheblich über die in der Öffentlichkeit genannten 100 Millionen Mark hinausgehen. Beim Reichskommissariat glaubt man, daß über den Erfolg des Sofortprogramms erst nach einer Prüfung der bisher schon zahlreich einlaufenden Kreditanträge etwas Sicheres gesagt werden kann. Vorläufig kann man sich über jeden derartigen Antrag, weil er geeignet ist, die Front der prinzipiellen Niesmacher zu unterhöhlen.

Die Unterredung zwischen Reichskanzler von Schleicher und Ministerpräsident Braun.

Berlin. (Zusammenfassung.) Die schon seit Tagen angekündigte Besprechung des Reichskanzlers von Schleicher mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun begann heute vormittag um 11 Uhr. Das Hauptthema der Unterredungen bildete die Frage der Behandlung des preussischen Staats vor dem Landtag.

Wenn auch von amtlicher Seite keine Mitteilung über diese Unterredung herausgegeben wird, so ist man in politischen Kreisen doch der Auffassung, daß diese Besprechung, der noch weitere folgen dürften, ganz in der Linie der Politik des Reichskanzlers gelegen hat, der um die Beilegung des Konfliktes zwischen dem Reich und der alten preussischen Regierung bemüht ist.

Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften

Internationale Abrüstung, Erreichung der internationalen Schulden und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit.

Berlin. Der Ausschuss des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, der in Königswinter saß, hat dem „Deutschen“ zufolge eine Entschließung angenommen, in der es zur Wiederherstellung des Vertrauens als notwendig bezeichnet wird, daß über die Abrüstung eine Verständigung erfolgt und die internationalen politischen Schulden getilgt werden.

Darüber fordert der Ausschuss energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, u. a. die Durchführung nationaler und internationaler öffentlicher Arbeiten. Eine große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Der Ausschuss fordert, daß durch allgemeine Einführung einer kürzeren Arbeitswoche einem wesentlichen Teil der Arbeitslosen Arbeit und Brot verschafft wird.

Diese Arbeitszeitverkürzung müsse international durchgeführt und deshalb Gegenstand eines internationalen Uebereinkommens werden, das eine entsprechende Reinerhaltung von Arbeitslosen verbürgt.

Eine Unterredung zwischen Hitler und Papen.

Thema nach Papen: Eingliederung der NSDAP. in eine nationale Konzentration.

Die Nationalsozialistische Korrespondenz bestätigt jetzt die bereits in verschiedenen Blättern wiedergegebene Meldung, wonach zwischen Adolf Hitler und dem früheren Reichskanzler von Papen in Köln eine Unterredung stattgefunden hat. Es habe sich dabei, so schreibt die Korrespondenz, lediglich um eine zwanglose Unterhaltung über die politischen Vorgänge der letzten Wochen gehandelt. Die Zusammenkunft habe im Hause eines Freundes der NSDAP. in Köln stattgefunden.

In Düsseldorf. Reichskanzler a. D. von Papen äußerte sich dem hiesigen Vertreter des Conti-Nachrichten-Büros gegenüber auf Befragen zu den Gerüchten, die im Zusammenhang mit seiner vorgeschlagenen Aussprache mit Herrn Hitler in Köln in einem Teil der Presse aufgetaucht sind.

Herr von Papen konnte dazu folgendes: Anlässlich meiner Reise nach Düsseldorf zu meiner Mutter habe ich mit Herrn Hitler eine politische Aussprache in Köln gehabt. Wie mir mitgeteilt wird, knüpft ein Teil der Berliner Presse an die Meldung hierüber Kommentare, die freilich erfunden sind, so insbesondere die Darstellung, als ob die Unterredung mit Herrn Hitler eine Spitze gegen den Reichskanzler oder die gegenwärtige Regierung gehabt habe. Das Gegenteil ist der Fall. Die Aussprache hat sich ausschließlich um die Lösung der Frage gedreht, der schon die Arbeit des letzten Halbjahres gewidmet war, der Frage der Eingliederung der NSDAP. in eine nationale Konzentration.

Ueber die Vorgeschichte der Besprechung zwischen Papen und Hitler erfahren wir aus gut unterrichteten Kreisen das folgende: Der eigentliche Anstoß dafür ging nicht, wie es vorläufig noch heißt, von Hitler aus, sondern von führenden Persönlichkeiten der rheinisch-westfälischen Industrie. Diesen lag an einer Verständigung der bis vor kurzem noch sich in der Öffentlichkeit so scharf bekämpfenden Gegner. Maßgebend dafür war der große Einfluss, den Reichskanzler von Papen noch heute beim Reichspräsidenten besitzt. Man hoffte unter Umständen über Papen Hitler wieder das Ohr des Reichspräsidenten zu verschaffen. Als Ort der Unterredung wurde die Wohnung des Teilhabers des Bankhauses J. S. Stein in Köln, Baron von Schroeder, anberufen. Schroeder steht dem Bild-Konzern und dem Stahlverein sehr nahe. Er gilt als Vertrauensmann jener schwerindustriellen Kreise, zu denen auch Hitler vom Anfang seines Wirkens an Beziehungen besaß. Wenn behauptet wird, daß Reichskanzler a. D. von Papen vor seiner Reise nach Köln Reichskanzler von Schleicher über die Absicht einer solchen Begegnung unterrichtet hat, so stimmt diese Nachricht nicht. Trotzdem läßt sich daraus nicht ohne weiteres eine Gegnerschaft Papens zu Schleicher herauslesen. An eine möglichst rasche Beendigung des amtierenden Reichskanzlers durch Herrn von Papen war wohl in jedem Fall gedacht. Nur sollte diese nach der Unterredung und nicht vorher erfolgen. Ueberhaupt empfiehlt sich, die Motive Herrn von Papens nicht einer falschen Kritik zu unterwerfen. Zunächst möchte der ehemalige Reichskanzler sicher überhaupt erst einmal feststellen, welche Vorzüge von Seiten Adolf Hitlers an ihn herangetragen würden. Seine eigene Meinung hielt er dabei wohl im Dunkeln. In keinem Fall erwartet man im Kreise, die Herr von Papen kennen, daß der frühere Reichskanzler Adolf Hitler nun sehr rasch einen Weg zu Hindenburg öffnen wird. So rasch geht das bei der bekannten Antipathie des Reichspräsidenten gegen den Führer der NSDAP. kaum. Eher verfolgte Herr von Papen gewisse Pläne seiner deutschnationalen Freunde. Er trat also gewissermaßen als Unterhändler auch des Stahlhelms auf. Diese Verhandlungsbereitschaft richtete sich aber zunächst nicht gegen „seinen alten Freund“ Schleicher, sie bezweckte nicht dessen baldigen Sturz, sondern diente mehr weitergreifenden Kombinationen, denen auch Herr von Schleicher nicht völlig fernsteht. Was allerdings

aus allen diesen Verhandlungen, die in den nächsten Tagen noch fortgeführt werden dürften, wird, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Wollte Klarheit dürfte darüber wohl erst die nächste Sitzung des Reichstages bringen, in der das Programm für die nächste Reichstagsitzung festgestellt werden soll. Es ist möglich, daß sich dabei noch Ueberraschungen ergeben, evtl. eine noch weitere Einverständnis des Reichstagszusammentretens. Eine solche Verzögerung ist aber gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten von Seiten der Rechten nur mit den Stimmen des Zentrums durchzuführen. Daß das Zentrum dazu bereit wäre, ist bei dem jetzigen Stand der Dinge nicht sehr wahrscheinlich. Aber man soll hier, wie sonst, nicht allzu eifrig prognostizieren.

Baron von Schroeder zur Unterredung Hitler-Papen.

Berlin. Wie die Börsenzeitung aus Köln erfährt, hat Baron von Schroeder, in dessen Hause sich Papen und Hitler getroffen haben, auf Anfrage sehr entschieden alle Gerüchte dementiert, wonach die Zusammenkunft sich in irgendeiner Weise gegen den Reichskanzler von Schleicher gerichtet habe. Vielmehr soll nach den Angaben Baron von Schroeders lediglich die Frage erörtert worden sein, wie die im Augenblick noch bestehende Zersplitterung der nationalen Kräfte überwunden werden könne.

Die Berliner Presse zur Unterredung Hitler-Papen.

Berlin. In der Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem früheren Reichskanzler von Papen nehmen nur vereinzelte Berliner Blätter Stellung, da nähere amtliche Mitteilungen über diese Unterredung fehlen. Im Berliner Volksanzeiger heißt es, die Unterredung habe natürlich eine ganze Reihe von Gerüchten aufgebracht; u. a. werde auch behauptet, daß über die Möglichkeit einer Tolerierung Papens bei einer Rückkehr zum Kanzleramt gesprochen worden sei. — Die Börsenzeitung hält es nicht für wahrscheinlich, daß Papen sich für die Rolle des Vermittlers für Hitler zur Verfügung gestellt habe. Bezeichnend für die innere Unsicherheit Hitlers sei es aber, daß er vor einigen Wochen keine Annäherung an Augenberg versucht und jetzt die Vermittlung des Mannes erboten habe, dem er im November mündliche Verhandlungen über die Regierungsabwicklung schroff verweigerte. — Der „Vorwärts“ schreibt: Daß Hitler ein Komplott schmiedet, um Schleicher als Stellvertreter, den Chef der linken Seite aus dem Herrenklub hat hängen lassen, das erschien als haarsträubende Unwahrscheinlichkeit. Wenn er mit Papen an einem Tisch sitzt und Komplote schmiedet, kann er nicht gut beschwören, daß er mit Papen nichts zu tun habe. — Die „Deutsche Zeitung“ kommt zu der Schlussfolgerung, „Schleicher hält seine Stellung für so stark erschüttert, daß alle Versuche zu einer Verständigung zwischen anderen Persönlichkeiten im nationalen Lager ihm gefährlich erscheinen.“

„Der Jungdeutsche“, dessen feinerzeitige Meldung jetzt also einwandfrei bestätigt wird, schreibt zu dem vor einigen Tagen veröffentlichten Dementi des früheren Reichskanzlers von Papen zu einer Meldung des „Jungdeutschen“, daß zwischen Adolf Hitler und von Papen ein Zusammentreffen geplant sei:

„Nach unseren Informationen, die sich ja in dem ganzen Fall als ziemlich zuverlässig erwiesen haben, geht die Absicht der Hintermänner dahin, Herrn von Papen wieder zum Kanzler zu machen und Hitler zum preussischen Ministerpräsidenten. Der Privatsekretär des Herrn Hitler, Rudolf Ock, der ja bei der Unterredung mit Papen dabei war, soll nach diesem Plan Staatssekretär der Reichskanzlei werden.“

Französische Verleumdungen am Wert.

Paris. Während der französische Ministerpräsident noch gestern den deutschen Seelenten vom Dampfer „Rudolf“ für den Opfermut danken lassen, mit dem sie beim Brand der „Atlantique“ bemüht waren, ihre französischen Kameraden zu retten, bringt es die nationalsozialistische „Eberle“ fertig, allerlei Verleumdungen über deutsche Redereien in die Welt zu legen. Das Blatt beruft sich auf Äußerungen eines französischen Reders, den es jedoch vorsichtshalber ungenannt läßt. Dieser angebliche Gewährsmann will schon vor dem Krieg beobachtet haben, daß von deutschen Schiffsführern Mitglieder französischer Schiffsbesatzungen zu Sabotageakten angeworben worden seien.

Erweiterungsbau der Reichsbank.

Ein 25-Millionen-Projekt.

Berlin. (Zusammenfassung.) Die Reichsbank beschäftigt, noch im Laufe des Sommers mit der Errichtung eines Erweiterungsbauwerks für das Hauptgebäude zu beginnen. Das Terrain, das bebaut werden soll, hat eine Größe von etwa 10.000 Quadratmetern. Auf diesem Terrain stehen zur Zeit ca. 35 Gebäude, die schon im Frühjahr abgerissen werden sollen. Die Bauzeit wird etwa drei Jahre dauern. Die gesamten Baukosten dürften zwischen 25 und 30 Millionen RM. liegen.